

*Gemeinsame D-A-CH Tagung 2017 der Sektion Frauen- und Geschlechterforschung der DGS, der Sektion Feministische Theorie und Geschlechterforschung der ÖGS und dem Komitee Geschlechterforschung der SGS, 13.-14. Juli 2017 – Technische Universität Berlin*

Tagungsbericht von Noa Ha

### **„Versicherheitlichung der Gesellschaft. Queer-feministische und rassismuskritische Perspektiven“**

Die Tagung zielte darauf ab die Politiken der Verunsicherung und Versicherheitlichung in ihrem Wechselspiel und in ihrer Funktionalität als „herrschaftsförmige Politik im Krisenkapitalismus“ zur Diskussion zu stellen. Angesichts erstarkender rechtspopulistischer und nationalistischer Ideologeme sowohl in den europäischen Ländern als auch in den USA stellt sich die Frage, inwiefern die Verunsicherung der einen mit Formen der Versicherheitlichung der anderen gedacht werden müssen. Und wie diese in Zeiten des Krisenkapitalismus einzuordnen und zu bewerten sind. Die Tagung zentrierte „die Intersektionalität von Macht- und Herrschaftsverhältnissen, die durch neoliberale sowie rechts-nationalistische Versicherheitlichungsprozesse produziert und reproduziert werden“ um „grundlegende Herausforderungen und Fragestellungen für queer-feministische Perspektiven“ diskutieren zu können. Hierbei sollte ein „besonderer Fokus auf die Bedingungen und Formen transnational queer-feministischer Solidaritäten vor dem Hintergrund der Artikulationen von Versicherheitlichung als gouvernementaler Regierungsweise“ gelegt werden und „alternative Sicherheitskonzepte und Praktiken jenseits von intersektionalen Ungerechtigkeiten“ diskutiert werden<sup>1</sup>.

Das zweitägige Programm der Tagung stellte sich zusammen aus Panels, einer Open-Space und einer Abschlussrunde mit Kommentaren zusammen. Die Panels der Tagung reflektierten die gesellschaftlichen Positionalitäten, von denen aus über Sicherheitspolitik und Versicherheitlichung gedacht wird (Panel 1: Sicherheitspolitik: Feministische und rassismuskritische Positionierungen); die Prozesse der Markierung und Differenzierung von Menschen, die als ‚Bedrohung‘ erfasst, kategorisiert und stigmatisiert werden um eine scheinbare Sicherheit für andere Menschen herzustellen (Panel 2: Sicherheit durch Ausschluss: Migration und Grenzziehungen); die Rolle des Staates in der Herstellung von

---

<sup>1</sup> Die Zitate sind dem Call for Papers entnommen ([http://www2.gender.hu-berlin.de/ztg-blog/wp-content/uploads/2017/01/CfP\\_\\_Versicherheitlichung\\_verla%C2%A8ngerte-Einreichungsfrist.pdf](http://www2.gender.hu-berlin.de/ztg-blog/wp-content/uploads/2017/01/CfP__Versicherheitlichung_verla%C2%A8ngerte-Einreichungsfrist.pdf))

‚Sicherheit‘ und ‚Bedrohung‘ in diesen Prozessen (Panel 3: Versicherheitlichung, Doing Security und Staat) sowie den Blick auf widerständige Praktiken und Ontologien, um Sicherheiten jenseits von militarisierten, kolonialen und patriarchalen Logiken zu etablieren (Panel 4: Umkämpfte Räume sozialer Sicherheit: Vulnerabilität, Sorge und Sozialität).

Die Open Space Diskussion war eine große Bereicherung im Rahmen der Tagung, um die Gewalt der ‚Versicherheitlichung‘ zu thematisieren und über Gegenstrategien zu berichten, wie dieser Gewalt solidarisch entgegengetreten werden kann. Im Open Space wurde der Umbau des Sozialstaats zu einem Sicherheitsstaat herausgehoben, um die Funktionalität der Versicherheitlichung als ‚neue‘ staatliche Organisationsform einzuordnen. Vor diesem Hintergrund mag es nicht verwundern, wenn der Blick aus Europa auf die Entwicklungen und Kämpfe in die USA geworfen wird, weil die USA als Sozialstaat kaum existiert und sich vor allem als Sicherheitsstaat formiert. D.h. die USA kann mit ihrer Neoliberalisierung der Gesellschaft und ihren immanenten Widersprüchen von Ungleichheit und sozialer Ungerechtigkeit als paradigmatisch gelesen und verstanden werden. Ich denke, dass hier die Bezugnahme in der Open Space Diskussion auf die Arbeit des *Transformative Justice Collective* als symptomatisch verstanden werden kann. Daher ordne ich die Entwicklung Europas vor dieser Transformation ein, sich nicht mehr als Sozialstaat zu begreifen, sondern als militarisierte und versicherheitlichte Staatsform. Eine Staatsform, die die Krise managt, die die kapitalistische Verwertungslogik ausbreitet und neue Wertschöpfungsketten kreiert.

Der intersektionale Ansatz der Konferenz verwies auf die Bedeutung verwobener bzw. geteilter Verflechtungsgeschichten in ihrer Relevanz für die soziologische Analyse von gegenwärtigen Gesellschaften und sozialen Formationen, die in den Beiträgen unterschiedlichst verhandelt und reflektiert wurden. Dies wurde insbesondere entlang der Frage nach der Positionalität der Sprechenden und Forschenden Personen in ihrem Verhältnis zu den verobjektivierten Forschungssubjekten deutlich, die sehr unterschiedlich reflektiert und bearbeitet wurde.

Im Rahmen der Konferenz wurde offensichtlich, dass es außerordentlich wichtig ist, die Konfigurationen der Solidarisierung und Entsolidarisierungen zu untersuchen, miteinander in Beziehung zu setzen und gemeinsam zu reflektieren. Mit der dezidiert intersektionalen Perspektive dieser Konferenz traten die Widersprüchlichkeiten und Ambivalenzen zutage,

die weder theoretisch leicht zu fassen noch leicht in eine solidarische Praxis zu übertragen sind. Aber mehr denn je sind die Herstellung dieser Konversationsräume und das gemeinsame Nachdenken, um Solidarität denken und praktizieren zu können, wichtig, während hegemoniale Praktiken – wie das der ‚Sicherheit‘ – darauf abzielt, immer neue Gruppen zu identifizieren, zu stigmatisieren und eine Fragmentierung bzw. Entsolidarisierung der Gesellschaft vorantreibt.